

Berlin, 18. Februar 2016

Michalk: Eckpunkte für die Weiterentwicklung psychiatrischer Kliniken sind ein richtiger Schritt

Entgeltsystem wird überarbeitet – Transparenz bleibt erhalten

Im Bundesministerium für Gesundheit findet am heutigen Donnerstag die abschließende Sitzung des sogenannten strukturierten Dialogs statt. Seit über einem Jahr beraten dort unter der Leitung des Gesundheitsministers die psychiatrischen Fachverbände, die Selbstverwaltung und die Regierungsfaktionen über die Weiterentwicklung des Entgeltssystems für die psychiatrischen Krankenhäuser. Dazu erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Michalk:

„Mit den heute vorgelegten Eckpunkten haben wir einen guten Weg gefunden, auf die Kritik der Fachverbände einzugehen. Von den ursprünglich geplanten landesweit einheitlichen Tagesentgelten rücken wir nun ab. Die Kliniken können weiterhin mit den Krankenkassen jeweils individuelle Budgets vereinbaren. So können Besonderheiten vor Ort wie regionale Versorgungsverpflichtungen direkt berücksichtigt werden.

An dem Ziel, mehr Transparenz herzustellen, halten wir fest. Die Qualität der erbrachten Leistungen kann künftig erfasst werden. Auf diese Weise können die in den Kliniken erbrachten Leistungen untereinander verglichen werden. Transparenz ist auch deswegen dringend notwendig, um die Qualitätssicherung bei den psychiatrischen Krankenhäusern endlich voranzubringen.

Mit verbindlichen Personalvorgaben wollen wir die personelle Ausstattung der Kliniken sicherstellen.

Ein großer Schritt ist die neue Möglichkeit für die Krankenhäuser, die Patientinnen und Patienten im häuslichen Umfeld zu versorgen (das

Herausgeber

Michael Grosse-Brömer MdB

Redaktion

Ulrich Scharlack
030. 227-52360

Dr. Christina Wendt
030. 227-55375

Claudia Kemmer
030. 227-54806

Alexandra Deveci
030. 227-52511

Dr. Sven-Olaf Heckel
030. 227-52703

Mirja Menke
030. 227-52512

Telefax
030. 227-56660

pressestelle@cducsu.de
www.cducsu.de

sogenannte Hometreatment). Damit überwinden wir die Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung. Der Patient wird dort behandelt, wo es für ihn am besten ist. Bisher erfolgte die Behandlung oft unnötigerweise im Krankenhaus, obwohl der Patient zu Hause besser aufgehoben gewesen wäre.“

Hintergrund:

Bereits vor über zehn Jahren wurde beschlossen, die Leistungsorientierung und Transparenz im Bereich psychiatrischer Krankenhäuser zu verbessern. Im Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode haben Union und SPD vereinbart, an diesem Ziel festzuhalten, aber zugleich notwendige systematische Änderungen zu prüfen.